



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel. (Der Kaiser und die braunschweigische Frage. Das Haus Cumberland — Fremdlinge in Braunschweig wie in Deutschland, ohne jeden Anspruch auf braunschweigische Anhänglichkeit. Die Aufzeichnungen des Fürsten Hohenlohe. Nochmals die Kolonialtruppen.)

Bei den publizistischen Erörterungen über die Braunschweiger Angelegenheit wird vielleicht dem Umstande zu wenig Rechnung getragen, daß in den Erlassen des Fürsten Bülow nicht sowohl der Reichskanzler und preußische Minister des Auswärtigen als vielmehr der Kaiser in seiner doppelten Eigenschaft als Reichsoberhaupt und König von Preußen spricht. In einer so wichtigen Sache ist es selbstverständlich, daß alle amtlichen Äußerungen zuvor der Zustimmung des Kaisers unterbreitet werden, und es ist daran festzuhalten, daß die entschiedne Abwehr der welfischen Bestrebungen und damit auch der Thronbesteigung des Herzogs von Cumberland hauptsächlich vom Kaiser ausgeht, mit dessen Auffassung sich Fürst Bülow allerdings in voller Übereinstimmung befindet. Namentlich in der preußischen Antwort ist der Satz bemerkenswert: „Es kann Preußen nicht zugemutet werden, daß es in dem benachbarten Bundesstaat eine welfische Regierung dulde, durch die der preußische, unter dem Schutze der Reichsverfassung stehende Besitzstand gefährdet werden würde.“ Dieser Satz richtet sich offenbar gegen die Thronbesteigung irgendeines Mitgliedes des cumberlandischen Hauses.

Einige deutsche Zeitungen haben an den Erlassen des Fürsten Bülow anzusetzen, daß sie „wenigstens im Ton“ hätten freundlicher ausfallen können. Dazu war aber doch wirklich keine Veranlassung gegeben. Mit Sentimentalitäten macht man keine Politik, und die Angelegenheit eignet sich ganz und gar nicht zu einem Nührstück. Die braunschweigische Landesversammlung mußte sich über die Antwort im voraus klar sein. Weder für Preußen noch für das Reichsoberhaupt besteht die allergeringste Veranlassung, die Haltung zu ändern, die dem preußischen Antrage von 1885 und dem daraufhin gefaßten Bundesratsbeschuß zugrunde liegt. Das ist nun auch deutlich genug in den Worten ausgesprochen: „Die königliche Staatsregierung würde hiernach einem etwaigen Antrag auf Aufhebung oder Abänderung des Bundesratsbeschlusses vom 2. Juli 1885 ihre Zustimmung versagen müssen.“ Damit ist die Antwort Preußens im voraus gegeben für den Fall, daß von irgendeiner Seite her ein solcher Schritt versucht werden, oder daß die braunschweigische Landesversammlung etwa in diesem Sinne beschließen sollte. Es ist nicht anzunehmen, daß sie die Kraftprobe machen wird.

Die Sehnsucht, die im braunschweigischen Lande nach dem Herzog besteht, ist außerhalb Braunschweigs nicht recht verständlich. Wenn es sich um eine fürstliche Familie handelte, die seit Jahrhunderten ihr Wohl und Wehe mit Braunschweig verknüpft, z. B. die schwere Zeit von 1806 bis 1815 mit dem Lande getragen hätte, so würde die für ein solches Fürstenhaus bekundete Anhänglichkeit selbstverständlich und erklärlich sein. Aber der Herzog von Cumberland und seine Nachkommenschaft sind dem Lande Braunschweig nicht nur vollständig fremd, haben mit ihm nichts als den Namen gemeinsam; im Gegenteil, wenn über die Fortdauer „der Ungewißheit“ im Lande Unzufriedenheit besteht, so ist ausschließlich der Herzog dafür verantwortlich, der seit zweiundzwanzig Jahren nicht nur nichts dafür getan hat, die Ungewißheit und damit die dadurch hervorgerufene Unzufriedenheit zu beenden, sondern im Gegenteil alles, sie zu verewigen. Auf die Anhänglichkeit der Braunschweiger hat somit der Herzog und hat sein Haus nicht den geringsten moralischen Rechtsittel. Glauben denn die Braunschweiger wirklich, daß sie sich unter einer welfischen Regierung, die von Preußen fortgesetzt mit Mißtrauen beobachtet

werden müßte, einem Mißtrauen, das dem Wohlergehen des braunschweigischen Landes schwerlich frommen kann, wohlher befinden würden, oder daß ihnen unter der welfischen Regierung eine besondere Glückseligkeit zuteil werden würde? Das Haus Cumberland steht auch dem Deutschen Reiche fremd gegenüber, seit mehr als einem Menschenalter hat es an der arbeitsvollen Entwicklung Deutschlands, an seinen Sorgen und an dem Dienst des Reiches, an dem fürstlichen Dienst für das Reich, nicht den geringsten Anteil genommen; seine Mitglieder sind für Deutschland wie für Braunschweig Fremdlinge. Die Zumutung an Preußen, mit dem Hause Cumberland seinen Frieden zu machen, den unter den einzig annehmbaren Bedingungen eingehen zu wollen dieses bisher beharrlich abgelehnt hat, und an den Reichskanzler, diesen Frieden herbeizuführen, geht darum ziemlich weit. Die Zeit, wo der Friedensschluß möglich war, ist verpaßt und vorüber, es müßte seltsam zugehen, wenn die Bedingungen heute noch in loyaler Weise dargeboten und in loyaler Weise erfüllt werden sollten. Braunschweig mag nun getrost einen Regenten wählen, für den Preußen ihm keinen Kandidaten auferlegt, die Regentschaft wird für das Land jedenfalls weniger Nachteile haben als ein welfisches Regiment. Wenn die Geschichte über das Haus Cumberland zur Tagesordnung übergegangen ist, so hat es sich das ganz allein zuzuschreiben.

Die Aufzeichnungen des Fürsten Hohenlohe über die Bismarckkrisis haben in Anbetracht der Persönlichkeit ihres Verfassers um ihres Inhalts willen ein begreifliches Aufsehen erregt. Wäre dem Fürsten Hohenlohe die Zeit geblieben, seine Erinnerungen, wie er beabsichtigt hatte, selbst zu bearbeiten, so würden sie wahrscheinlich anders ausgefallen sein als diese Veröffentlichung bruchstückweiser und keineswegs lückenloser Notizen, die ihrer ganzen Natur nach nur Gedächtnismerkmale für den Augenblick und in ihrer ersichtlich sehr flüchtigen Niederschrift keineswegs bestimmt waren, Geschichte zu werden. Bei der Natur seiner Beziehungen zu Bismarck fällt es auch auf, daß Fürst Hohenlohe, obwohl am 21. März früh in Berlin eingetroffen, Bismarck erst am 27., also am siebenten Tage seiner Anwesenheit, aufsucht, zumal er sogar noch an diesem Tage mit der Möglichkeit rechnet, oder sie doch wenigstens andeutet, daß der Kaiser Bismarck binnen wenigen Monaten zurückrufen werde.

Was das damalige Verhältnis Deutschlands zu seinen beiden Nachbarn anlangt, so darf nicht übersehen werden, daß wir mit Rußland den seitdem bekannt gewordenen Geheimvertrag hatten, der unmittelbar vor der Erneuerung stand, als die Märzkrisis ausbrach. Bismarck ging keineswegs darauf aus, Rußland gegen Österreich zu unterstützen. In den „Gedanken und Erinnerungen“ sagt er wörtlich: „Wir müssen und können der österreichisch-ungarischen Monarchie das Bündnis ehrlich halten; es entspricht unsern Interessen, den historischen Traditionen Deutschlands und der öffentlichen Meinung unsers Volkes. . . . Wir dürfen Österreich nicht verlassen, aber auch die Möglichkeit, daß wir von der Wiener Politik freiwillig oder unfreiwillig verlassen werden, nicht aus dem Auge verlieren.“ Weiter spricht Bismarck sich dafür aus, daß Deutschland England oder Österreich nicht unterstützen solle, falls diese sich einem russischen Angriff auf Konstantinopel widersetzen sollten, sondern Deutschland solle abwarten, „ob Österreich angegriffen wird und damit unser casus belli eintritt“. Es hat sich 1890 in dieser Frage wohl nur um Mißverständnisse gehandelt, hervorgerufen durch eine gegenteilige Beurteilung der damaligen russischen Truppenbewegungen, die in der Märzkrisis eine große Rolle gespielt haben, die Hohenlohe aber nicht einmal erwähnt, obwohl diese Dinge längst öffentlich sind, und er sie in seiner Stellung sicherlich damals in Berlin erfahren hat.

Als Fürst Hohenlohe noch Reichskanzler war, hatte ein Besucher eines Tages Gelegenheit, ihm die Genese der Märzkrisis von 1890 vorzutragen, wie der Be-

sucher selbst sie aus dem Munde Bismarcks empfangen hatte. Hohenlohe hörte aufmerksam zu. Als der Gast geendet hatte, bemerkte der Fürst: „Ihre Mitteilungen sind mir doppelt interessant, einmal um ihres Inhalts willen, und sodann, weil sie sich genau mit dem decken, was der Kaiser selbst mir darüber erzählt hat“, wobei er dann hinzufügte, daß jene Aprilmacht auf der Fahrt und in der Jagdhütte vollständig der Besprechung dieses Gegenstandes gewidmet gewesen sei. Aber gerade die Aufzeichnungen über die Mitteilungen des Kaisers scheinen recht lückenhaft und ungenau zu sein, wie sie denn schon in ihrem äußern Umfange nicht dem Inhalt eines einstündigen oder gar mehrstündigen Gesprächs entsprechen. Das Erscheinen des Buchs steht unmittelbar bevor, und es wird dann vielleicht angezeigt sein, auf seinen Gesamtinhalt zurückzukommen.

Zu der vielerörterten Frage der künftigen Unterstellung der Kolonialtruppen ist in der Allgemeinen Zeitung bemerkt worden, zunächst müsse die Frage der künftigen Gestaltung der Kolonialverwaltung zum Austrag gebracht werden, bevor an diese Angelegenheit herantreten werden könne. Nach vorliegenden Anzeichen wird der Gegenstand bei der Beratung über das Kolonialamt im Reichstage sofort berührt werden und eine nicht geringe Rolle spielen. Selbstverständlich muß den Gouverneuren in den Kolonien die Verfügung über die Truppen bleiben, das hat aber mit der Frage, was für eine Instanz in Berlin die Aufstellung, die Ausrüstung, den Transport, die Sorge für den Ersatz usw. betreiben soll, eigentlich wenig zu tun. Da dabei doch immer wieder auf das Kriegsministerium zurückgegriffen werden muß, so ist kein Grund zu sehen, weshalb diese Behörde nicht die Verwaltung in der Hand behalten soll. Die Einheitlichkeit des Kolonialdienstes wird dadurch doch in keiner Weise berührt. Die Kolonialverwaltung beantragt das Erforderliche beim Kriegsminister, und dieser stellt es ihr gebrauchsfertig zur Verfügung. Damit sind nicht nur die Bürgschaften für Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit gegeben, sondern auch für den bleibenden Zusammenhang mit der Armee, die aus ihren Reihen Offiziere und Mannschaften für den Kolonialdienst beurlauben muß. Es handelt sich ja nicht um auf der Straße angeworbne Leute, sondern um Angehörige des Heeres, das sie zu stellen und — die Offiziere für den Frontdienst, die Mannschaften für den Beurlaubtenstand — zurückzunehmen hat. *s*

Das nordamerikanische Parteileben und seine Rückwirkung auf Europa. Mit dem Siege der Republikaner bei der nächsten Präsidenten- und Kongresswahl würde sich der Hochschutzzoll in den Vereinigten Staaten behaupten, der Imperialismus zunehmen und der zollpolitische Panamerikanismus bedeutend aufflammen. Erringen dagegen die Demokraten die Palme, so setzt man wahrscheinlich die Zölle herunter, schon um die verhaßten Trusts an ihrer empfindlichsten Stelle zu treffen. Der Imperialismus wird abgeschwächt, und von Panamerikanismus kann gar keine Rede mehr sein. Die Rückwirkung auf Europa ist deshalb handgreiflich, und zwar so ziemlich für alle europäischen Staaten dieselbe.

Wie das Glücksrad aber laufen wird, darüber können sich die Amerikaner selber kaum eine klare Vorstellung verschaffen. Nur einige Punkte stehen unbedingt fest. Dazu gehört vor allem, daß die Trusts außerordentlich verhaßt sind, nicht nur bei den Demokraten, sondern auch bei der großen Mehrheit der Republikaner, obwohl sie diese durch ihre riesigen Mittel mit früher ungelannten Wahlfonds ausstatten. In der Tat, die Trusts können gar nicht anders. Denn die Republikaner sind die Partei des Hochschutzzolls, der den besten Ball bietet, hinter dem die monopolartigen Bildungen des Riesenkaptals ihre erpresserischen Preise durchsetzen können. Eben so sicher ist aber auch, daß große Massen innerhalb der republikanischen Partei einen ausgesprochenen Haß gegen das Treiben des Riesenkaptals haben,

das in großen Haufen die kleinern Unternehmungen zerstört hat und sowohl die Arbeiter wie die Käufer von seiner Willkür abhängig macht.

Sogar der beste und volkstümlichste Mann der republikanischen Partei, der Mann, der in seiner Person ein gut Teil der Kraft dieser Partei vereinigt, Präsident Roosevelt, hat die Gefahren des Trustwesens erkannt und zugegeben. Er hat sich scharf gegen sie gewandt und dadurch seine Popularität außerordentlich befestigt. Allerdings hat er sich schwankend verhalten. Er hat zuweilen geradezu von der Notwendigkeit gesetzgeberischer Maßregeln zur Zügelung der Übermacht der Plutokratie gesprochen. Und dann hat er wieder gesagt, daß er weit entfernt sei, die Trusts in Bausch und Bogen zu verdammen; sie müßten nur unter Staatsaufsicht gestellt werden, damit ihre Wirksamkeit zum Nutzen des Gemeinwesens gesichert werde. Beim Antritt seines Amtes griff er die Äußerung seines Vorgängers Mac Kinley auf, daß die Industrie in vielen Zweigen so sehr erstarkt sei, daß man an Herabsetzung mancher Zölle denken müsse. Das verkündete Roosevelt auch als seine Ansicht. Später aber wies er rundweg alle Zumutungen, den Zolltarif zu revidieren, als unmöglich zurück. Die Sache war nämlich die, daß das Riesenkapital anfing, sich gegen ihn zu wenden. Es machte Miene, mit seinen Beiträgen für die Parteikassen zurückzuhalten, wenn nicht entweder Roosevelt sich anders verhalte oder aber durch einen andern Mann ersetzt werde. Roosevelt hat sich aber sehr wohl gehütet, völlig mit seinen trustfeindlichen Tendenzen zu brechen. Er hat als Schiedsrichter den Streit der Anthrazitkohlenbergwerke mit ihren Arbeitern zugunsten dieser entschieden. Auch das Gesetz gegen die ausbeuterische Tarifpolitik der Eisenbahnen hat er begünstigt, und endlich ist er der Mann der Aufdeckung der schimpflichsten Zustände im Fleischtrust gewesen.

Wie die Trusts jetzt zu ihm stehen, weiß man nicht. Daß sie ihn nicht lieben, ist sicher, aber ob sie eine Attacke gegen ihn wagen, ist durchaus ungewiß. Denn die große Menge der Trusthasser bleibt nur deshalb bei der republikanischen Partei, weil sie in Roosevelt einen einflußreichen Gesinnungsgenossen verehrt. Stellen die Republikaner statt seiner einen ausgesprochenen Trustfreund auf, so unterliegen sie ganz sicher. Es ist nun nicht ausgeschlossen, daß die Trusts suchen werden, ein faules Kompromiß anzustreben, nämlich daß Roosevelt 1908 wieder Präsident wird, daß jedoch erstens die Zölle unangetastet erhalten bleiben, und daß zweitens nur Scheinmaßregeln gegen die Trusts getroffen werden, denen sie das im amerikanischen Gerichtsweisen so ausgiebig bekannte Schnippchen schlagen können. Ob Roosevelt sich dazu hergibt?

Die Trusts sind also die Achillesferse der Republikaner. Da sie das fühlen, treffen sie schon jetzt Vorkehrungen, nach andrer Richtung hin ihre Popularität aufzufrischen. Das gilt zunächst vom Panamerikanismus, d. h. von der Gewinnung bevorzugter Absatzmärkte für ihre Ausfuhr auf Kosten der europäischen Industrie. Das ist in den Vereinigten Staaten sehr populär. Denn man sagt sich dort: auf neutralem Gebiet können wir mit der nur „Hungerlöhne“ zahlenden europäischen Industrie nur schwer konkurrieren; wir müssen, wenn wir unsre hohen Löhne erhalten wollen, uns Vorzugstarife für Süd- und Mittelamerika verschaffen; also hinaus mit der englischen und deutschen Konkurrenz; schließen wir „Gegenseitigkeitsverträge“ mit den kleinern Staaten ab. Solche hat man schon einmal, 1888 bis 1892 in ansehnlicher Zahl geschaffen. Seitdem sind sie rapid eingegangen. Nun aber ist Staatssekretär Root in Rio de Janeiro gewesen und hat zunächst mit Brasilien und Ecuador neue Verträge dieser Art geschlossen. Er durchreist Südamerika, um weiter in diesem Sinne zu wirken, stößt aber in Argentinien und Chile auf schwere Hindernisse, weil diese Staaten weitaus das größte Ausfuhrgeschäft nach Europa richten, und die Nordamerikaner ihnen gar keine Zollvorteile auf Kosten Europas einräumen können.

Schwieriger liegt die Sache bei Kuba. Wohl betreiben der Zuckertruff und der Tabaktruff die Annexion; vielleicht stehen sie hinter dem jetzigen Aufruhr. Aber bei dem bösen Mißerfolg, den die Vereinigten Staaten auf den Philippinen gehabt haben, kann dem Präsidenten weder der Aufruhr noch die Notwendigkeit einer Einmischung (zu der die Vereinigten Staaten freilich berechtigt sind) willkommen sein. Noch viel mehr gilt das von einer Annexion der Insel wider den Willen der Bevölkerung.

Auf der demokratischen Seite ist von der größten Tragweite, daß der leitende Mann den Bimetallismus, mit dem er sich so schwer kompromittiert hatte, und mit dem er 1896 wie 1900 die Kampagne verlor, offen über Bord geworfen hat. Der Bimetallismus ist tot, sagt der frühere Kandidat Bryan, er ist an der Goldproduktion Südafrikas gestorben. Er und mit ihm die Partei setzt alles auf den Haß gegen die Trusts. Er bringt ihn in viel wildern Formen zum Ausdruck als Roosevelt, wie er überhaupt ein weit weniger besonnener Mann ist, dessen Tiraden zuweilen an den Anarchismus streifen. Aber er ist ein Volksredner allerersten Ranges, eine dämonisch-demagogische Natur. Vor einigen Wochen kam er von einer Weltreise, auf der er unter anderm die Philippinen, Deutschland und England besucht hatte, nach Newyork zurück. Das großartige Empfangsfest, zu dem Delegierte und private Verehrer aus dem ganzen Gebiete der Union herbeigeströmt waren, verlief nach seinen eignen Anordnungen. Namentlich hatte er zur Bedingung gemacht, daß als durchschnittliche Spende für die Kosten nur ein Dollar gegeben werden dürfe; niemand dürfe mehr als fünfzig Dollar geben, denn er wolle nicht als Vertreter der Kapitalisten erscheinen. Im Gegenteil, er rief: die Plutokratie muß ausgetilgt werden; sie schlägt den freien Wettbewerb in Bande. Revision des Zolltarifs, denn das ist das einzige, was ihren Künsten, die Geseze des Landes wie Spinnewebe zu zerreißen, ein Ende macht. Und dann Übergang der Eisenbahnen in das Eigentum der Staaten, damit nicht mehr durch willkürliche Tarifmanipulationen das Publikum geschunden werden kann. Los von den Philippinen, denn die gewalttame Beherrschung fremder Völker ist verfassungswidrig. Wenn wir uns auf ein Schutzverhältnis beschränken, so werden die Filipinos uns mit Freuden alles abtreten, was wir an Kriegshäfen in ihrem Lande brauchen. Wir werden dankbare Freunde haben.

Diese leidenschaftlichen Ausführungen enthalten die Stärke aber auch die Schwäche der demokratischen Partei. Der rednerische Erfolg wird sehr verschieden beurteilt. Viele Stimmen meinen, Bryan habe durch die Rede seine Chancen vollkommen verspielt. Namentlich die Verstaatlichung der Eisenbahnen werde in dem nach Freihirtschaftlichkeit strebenden Amerika niemals populär werden. Man fürchte die mit der staatlichen Verwaltung kommende Korruption. Der höchste Trumpf in der Hand der Demokraten sei die Feindschaft gegen die Trusts. Wenn Roosevelt fest bleibe und dem Riesenkapital nichts nachgebe — wenigstens scheinbar nichts —, so manöviere er die Gegenpartei in den Sumpf. Er habe es sehr geschickt angefangen, daß er die Trustsfeindschaft für sich einspanne. Dagegen führen andre aus, daß erstens das Verhalten der Trusts noch unklar sei, und daß zweitens die Demokraten die Angriffe Roosevelts gegen die Trusts als eine Guldigung für ihre, der Demokraten Grundsätze ansehen müßten. Wolle die Nation etwas erreichen, so müsse sie mit den Demokraten zur Revision des Zolltarifs schreiten.

Am 6. November d. J. wird das Repräsentantenhaus neu gewählt. Jetzt hat es eine große republikanische Mehrheit. Wird sie auch nur erschüttert, so wirkt das ein schlechtes Licht auf die weit wichtigere Wahl vom Jahre 1908. Wird sie gar beseitigt, was aber kaum anzunehmen ist, so ist Roosevelt gelähmt. Denn eine imperialistische Politik kann er nicht allein mit dem Senat, eine trustfeindliche nicht allein mit dem Repräsentantenhause machen.

Auch eine Resolution. Wohin die Sucht, bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit Resolutionen loszulassen, führt, zeigt der sonderbare Beschluß, den nach den Mitteilungen der Tagespresse die Generalversammlung des Bundes Deutscher Frauenvereine bei ihrer Tagung in Nürnberg am 4. Oktober gefaßt hat. Diese Resolution lautet: „Der in Nürnberg versammelte Bund Deutscher Frauenvereine gibt seiner tiefen Empörung Ausdruck über die jeder Gesittung Hohn sprechenden Greuelthaten, die in Rußland aus Rassenhaß und im Interesse der Aufrechterhaltung der Autokratie fortgesetzt an wehrlosen Frauen und Kindern verübt werden. Er gedenkt ferner mit hoher Bewunderung derjenigen russischen Frauen, die an dem gewaltigen Ringen ihres Volkes um persönliche und bürgerliche Freiheit so heldenhaft teilnehmen.“ Hat der „Bund Deutscher Frauenvereine“, der unsers Wissens statutengemäß jede politische Tätigkeit ausschließt, wirklich nichts Besseres zu tun, als mit papiernen Protesten gegen die angeblich zur Aufrechterhaltung der Autokratie in Rußland verübten Greuelthaten einzuschreiten? Verspricht er sich von solchen Redensarten irgendeinen Erfolg? Die Damen, die so kategorisch verlangen, daß Polizei und Soldaten, die bei ihrem Erscheinen von dem mord- und raubgierigen Pöbel mit Revolvergeschüssen und Bomben empfangen werden, gegen das „schwache“ Geschlecht mit Schonung vorgehn sollten, scheinen keine Ahnung davon zu haben, daß, wie bei allen revolutionären Bewegungen, auch bei der russischen Revolution die Weiber am fanatischsten heizen und kämpfen.

Noch bedenklicher aber ist, daß der „Bund“ den russischen Frauen, „die an dem gewaltigen Ringen ihres Volkes um persönliche und bürgerliche Freiheit so heldenhaft teilnehmen“, seine „hohe Bewunderung“ auszudrücken für nötig hält. Es ist den Damen wohl gänzlich unbekannt, daß die Mehrzahl dieser „heldenhaft“ kämpfenden Frauen aus Dirnen und unreifen Mädchen — Studentinnen und Schülerinnen — besteht, deren Begriffe von „Freiheit“ ebensosehr mit den ethischen Anschauungen gebildeter Nationen kollidieren wie die Mittel, mit denen sie die Verwirklichung ihrer „Ideale“ durchzuführen suchen.

Jedenfalls beweist die „Resolution“ wieder einmal, wohin es führt, wenn sich Frauen, anstatt in ihrem natürlichen Wirkungskreise zu bleiben, um Dinge bekümmern, von denen sie nichts verstehen, und denen sie nicht mit verstandesmäßigen Erwägungen, sondern mit Gefühlen gegenübertreten.

J. R. S.



Forman

gegen

Schnupfen

DOSE 30 Pfg.

Ärztlicherseits vielfach als ideales Schnupfenmittel bezeichnet. —
Wirkung frappant.